

Chile 11. September 1973

Legenden und Lehren – von Winfried Wolf

Am Anfang wurden wir in einer Kaserne in Altstetten untergebracht. Wir hatten damals noch keine Winterkleider. In der Stadt war kein Mensch. Aber wir sahen, wie die Menschen in ihren Wohnungen die Vorhänge aufzogen, nach uns schauten und die Vorhänge schnell wieder zuzogen. Ich hatte damals oft das Gefühl, wir hätten in den Augen der Schweizer ein „rotes Band“ um die Stirn gebunden. Dabei waren wir keine Kommunisten, sondern einfache Leute, die für ein besseres Leben kämpften und vor der Diktatur fliehen mussten.

Aminda Mayser-Mercado,

Ende 1973 als chilenischer Flüchtling in die Schweiz gekommen, Rückblick Basel 2002

Anlässlich des 30. Jahrestages des Militärputsches in Chile vom 11. September 1973 wurde die Regierungszeit Allendes und die Diktatur Pinochets in den Medien vielfach bilanziert. Neben ernsthaften Beiträgen gab es auch Mythologisierungen der Unidad Popular und Bagatellisierungen der Diktatur.

I.

Ein Kontinuum in der Interpretation der Ereignisse in Chile 1973 lautet: Es habe sich um einen „einmaligen“ Prozess und Vorgang gehandelt. Insbesondere habe man vor dem Hintergrund der Struktur der chilenischen Gesellschaft und der Geschichte dieses Landes nicht erwarten können, dass die chilenische Armee, die fest verankert in der demokratischen Tradition Chiles gewesen sei, einen blutigen Militärputsch durchführen würde.

Jede Gesellschaft und jede geschichtliche Phase sind „einmalig“. Doch es gibt wiederkehrende Grundlinien. Chile war und ist ein kapitalistisches Land, das im Rahmen des weltweiten Imperialismus in einem abhängigen Zustand gehalten wird. 1970, als das Parteienbündnis der Unidad Popular unter Salvador Allende Gossens seinen Wahlsieg errang, befanden sich 40 Prozent aller in Chile registrierten Aktiengesellschaften unter ausländischer Kontrolle. Der für den Export wichtige Kupferbergbau wurde vom US-Kapital kontrolliert. Heute ist diese Abhängigkeit noch viel größer.

Chile war diesbezüglich seit seiner formellen Unabhängigkeit Anfang des 19. Jahrhunderts typisch für ein Drittweltland. Typisch reagierten das chilenische Establishment und seine ausländischen Bündnispartner auf Versuche, aus dieser Abhängigkeit auszubrechen – nicht nur 1973.

1932 gab es in Chile eine „Sozialistische Republik“ unter dem Oberst Marmaduke Grove; die Weltwirtschaftskrise hatte die wirtschaftliche Lage Chiles drastisch verschlechtert. Die neue Regierung nationalisierte die damals wichtigste Branche, den Salpeter-Export. Die chilenische KP hielt sich abseits und sprach von einer „utopistischen Schwärmerei“. Die in- und ausländische Restauration mobilisierte gegen die linken Offiziere. Nach 100 Tagen war der „Spuk“ vorbei. Allende konnte während seiner Amtszeit auf Dekrete aus jener Zeit zurückgreifen, beispielsweise im Fall der Nationalisierung von Unternehmen, die sich der Wirtschaftssabotage schuldig machten.

1938 wurde in Chile eine Volksfront-Regierung unter Einschluss der Kommunistischen Partei gebildet. 1946, nach dem Tod von Präsident Ríos, ging diese in die Regierung unter dem Präsidenten Gabriel González Videla über. Die KP, die zunächst auch im Kabinett unter Videla vertreten war, wurde 1948 verboten und blieb bis 1957 illegalisiert. Der Kalte Krieg hatte Chile früh

erfasst. Videla ließ mehrere tausend KP-Mitglieder festnehmen und in einem Konzentrationslager, das in der nördlichen Wüstenregion Chiles bei dem heruntergekommenen Hafen von Pisagua eingerichtet wurde, internieren. 1947 gelangte eine Delegation des chilenischen Parlaments nach Pisagua. Sie wollte die Haftbedingungen der Gefangenen untersuchen. Der Delegationsleiter, ein junger Abgeordneter der sozialistischen Partei, verlangte freien Zutritt zu dem Lager, was der Lagerkommandant, ein chilenischer Oberst, unter Androhung von Waffengewalt verhinderte. Der chilenische Oberst hieß Augusto Pinochet. Der junge sozialistische Abgeordnete war Salvador Allende.

## II. Keine Mehrheit? Machtvakuum?

Eine bis heute aufrechterhaltene Legende lautet: Die Unidad Popular hatte für ihre Politik keine Mehrheit; Allende sei schließlich nur mit einer relativen Mehrheit gewählt worden. Spätestens 1973 habe die UP abgewirtschaftet. Pinochets Putsch sei von einer Art schweigender Mehrheit begrüßt worden. Im Berliner „Tagesspiegel“ wird dazu der liberale Politikwissenschaftler Oscar Godoy mit den Worten zitiert: Einigkeit herrsche heute weitgehend darüber, „dass für Pinochets Putsch alle Seiten verantwortlich waren: Die friedliche sozialistische Revolution Allendes war gescheitert und hatte ein Machtvakuum produziert.“

Tatsächlich konnte die Unidad Popular ihre Basis, soweit in Wahlen messbar, kontinuierlich ausbauen. Am 4. September 1970 erhielt Allende als Präsidentschaftskandidat mit 36,3 Prozent eine relative Mehrheit. Am 24. Oktober 1970 gab es bei der Abstimmung in beiden Kammern des chilenischen Parlamentes 135 Stimmen für Allende, 35 gegen ihn und 7 Enthaltungen. Am 4. April 1971 konnte die UP bei den Kommunal- und Bürgermeisterwahlen mit 51 Prozent die absolute Mehrheit erobern. Bei neuen Parlamentswahlen im März 1973 gelang den Parteien der UP der Ausbau ihrer relativen Mehrheit von 36 auf 44 Prozent. Dabei gilt es zu bedenken, dass die letztgenannten Wahlen inmitten einer Wirtschaftskrise (für welche die Medien die UP verantwortlich machten) und im Klima des offenen Terrors (der die Linke einschüchterte) stattfanden. Die politische Rechte und die US-Regierung hatten fest mit einem Wahlsieg der Rechten gerechnet. Das „Machtvakuum“, das Godoy ausgemacht hatte, bestand demnach schlicht darin, dass Großgrundbesitzer, Unternehmer, ausländisches Kapital und US-Regierung, unterstützt von Teilen der Mittelschichten, nicht bereit waren, den dokumentierten Willen *der Mehrheit der chilenischen Bevölkerung* zu respektieren.

## III. Schuld der Linken?

Die meisten Beiträge von rechten Kommentatoren und einige von linken Autoren sehen in „linken Provokationen“ die wesentlichen Ursachen für den Putsch. Marta Harnecker schreibt am Ende ihres Beitrags in der „jungen Welt“ richtig, dass „der friedliche Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus kein tauglicher Weg“ sei. Eine andere Passage in ihrem Artikel irritiert: „Während Allende vom demokratischen Übergang zum Sozialismus sprach, malten Teile der Linken ‚Es lebe die Diktatur des Proletariats‘ an die Häuserwände... Während Allende den ökonomischen Plan – wie die Verstaatlichung strategisch wichtiger Betriebe – voranbringen wollte, besetzten andere Kräfte der Linken mittelständische Betriebe und forderten deren Nationalisierung und mehr Radikalität von Allende.“ Der Führung der UP sei „klar (gewesen), dass sie sich für die Sicherung des Prozesses der Unterstützung der Militärs versichern mussten.“

Tatsächlich hat die UP-Regierung nur in den ersten zwei Jahren ihr

anspruchsvolles Programm vorangebracht. Nach dem Führerunternehmerstreik vom Oktober 1972 wurden Agrarreform und Nationalisierungen eingeschränkt; Generäle, nicht nur UP-ergebene, wurden nach Kabinettsumbildungen (im Oktober 1972 und August 1973) Minister in Schlüsselpositionen. Es war Allende, der während des Putsch-Versuchs vom 29. Juni 1973 erfolgreich zu Betriebsbesetzungen aufrief; diese erwiesen sich als sinnvolle Gegenmaßnahmen gegen den Aufmarsch der Reaktion. Fatal hingegen war vor allem das Zurückweichen der UP und deren Maßnahmen gegen Linke wie beispielsweise das Gesetz über Waffenkontrolle vom Juli 1973, mit dem faktisch die radikale Linke (MIR) und Arbeiter in besetzten Betrieben, entwaffnet wurden. Fatal war die Ernennung von Pinochet zum Generalstabschef des Heeres am 23. August 1973 durch Allende und die wiederholten Erklärungen des chilenischen Präsidenten, er habe volles Vertrauen in die Armeeführung und in Pinochet. Natürlich war diese Politik zum Teil Ergebnis der rechten Offensive. Sie hatten ihre Ursache jedoch *auch* in der falschen Analyse. Im UP-Programm vom Dezember 1969, das in anderen Sektoren viel Richtiges vorschlägt, wird im Abschnitt „Nationale Verteidigung“ die Integrität des Heeres – einer Berufsarmee – garantiert, ja erklärt, dass im Fall eines UP-Wahlsiegs „den Streitkräften die materiellen und technischen Mittel (...) gesichert“ würden. Die US-Regierung hielt sich daran: Während sie in der UP-Periode die Wirtschaftshilfen für Chile zusammenstrich, erhöhte sie die Militärhilfe für die chilenische Armee und intensivierte die Zusammenarbeit – inklusive der Ausbildung von chilenischen Militärs in Folterpraktiken, realisiert in US-Camps in der Panama-Kanalzone.

#### IV. F.-J. Strauß, Jack Straw & Pinochet

Die Verantwortung der US-Regierung bei der Putschvorbereitung wurde vielfach dokumentiert: Kissinger ließ sogar die Maschinenpistolen, mit denen der verfassungstreue Armeechef René Schneider im Oktober 1970 erschossen wurde, per Diplomatenpost nach Santiago einfliegen. In den erst im April 2000 freigegebenen CIA-Dokumenten wird die intensive Zusammenarbeit zwischen CIA und dem neuen Pinochet-Geheimdienst DINA (Originalton CIA: „(Wir) hielten den Kontakt zu (DINA-Chef) Contreras... für erforderlich, (...) trotz der Bedenken, die innere politische Unterdrückung zu unterstützen“.) In diesem Zusammenhang gestand die CIA 2000 auch ein, die DINA Mitte der 70er Jahre beim Projekt „Condor“ unterstützt zu haben, bei der Zusammenarbeit mehrerer lateinamerikanischer Geheimdienste zur Liquidierung von „Oppositionellen“ durch Todesschwadronen.

Die Zusammenarbeit von bundesdeutschen Politikern und Institutionen mit der Diktatur fand in den aktuellen Rückblicken bestenfalls cursorische Erwähnung. So weilte der Generalsekretär der CDU, Bruno Heck, im Oktober 1973 in Chile und kommentierte nach einem Besuch im Stadion, das als Internierungslager diente: „Die Verhafteten haben sich nicht beklagt. Das Leben im Stadion ist bei sonnigem Wetter recht angenehm.“ Es kam zu umfangreichen westdeutschen Rüstungslieferungen an die chilenische Armee. Franz-Josef Strauß besuchte demonstrativ Chile und fand lobende Worte für das Pinochet-Regime. Er hielt sich dabei auch in der Deutschen-Siedlung Colonia Dignidad auf, die zu diesem Zeitpunkt ein DINA-Folterzentrum war.

Zu erinnern ist auch an die 17monatige Inhaftierung Pinochets 1998 bis 2000 in London und das unglaubliche Dokument vom 2. März 2000, mit dem der britische Innenminister die Freilassung von Pinochet begründete: „Die Ärzte... stellten übereinstimmend fest, dass Senator Pinochet geistig nicht in der Lage sein würde, sich sinnvoll am Prozess zu beteiligen (wegen) seiner begrenzten

Fähigkeit, komplexe Sachverhalte zu verstehen und wegen seiner schnellen Ermüdung... Ein angestrebtes Gerichtsverfahren gegen ... Pinochet könnte kein faires Verfahren sein und (würde) Artikel 6 der Europäischen Menschenrechtskonvention... verletzen.“ Derselbe Mann – Jack Straw – begründete im März 2003 als aktueller Außenminister die britische Beteiligung am Irak-Krieg – u.a. um „einen Zustand fortwährender Verletzung von Menschenrechten“ zu beenden.

Über die Rückkehr des prozessunfähigen Ex-Diktators notierte damals die Neue Zürcher Zeitung: „Bei seiner Ankunft in Santiago machte Pinochet einen recht gesunden Eindruck.“ Ein Beobachter vor Ort auf dem Flugfeld: „Der Oberbefehlshaber der chilenischen Armee, General Ricardo Izurieta, geht jetzt auf Pinochet zu, der hochschaut und ihn erkennt und dann plötzlich, ja tatsächlich, steht er auf, erhebt sich triumphierend aus seinem Rollstuhl, gibt Izurieta einen *abrazo* (eine Umarmung), dann streckt er den Arm in die Luft, beginnt zu gehen, an den Truppen vorbei, die ihm salutieren, als sei er ein Held.“

V. Wirtschaft ein Stabilitätsfaktor – Opfer ein Störfaktor?

Chile wurde am 11. September 1973 im Interesse kapitalistischer Konzerne „ruhig gestellt“. Was die chilenische Niederlassung der Farbwerke Hoechst im Dezember 1973 in einem internen Lagebericht an die Zentrale festhielt („Chile ist jetzt gegen den marxistischen Virus geimpft und ... in Zukunft ein für Hoechst Produkte interessanter Markt“), formuliert die „Neue Zürcher Zeitung“ dreißig Jahre später vergleichbar ehrlich: „Der Erfolg der Concertación – der Regierung unter dem Sozialisten Lagos – besteht darin, die von der Militärdiktatur geerbte liberale Wirtschaftspolitik mit der Demokratisierung verträglich gemacht und beibehalten zu haben.“ Ähnlich offen zum selben Zeitpunkt das deutsche Pendant zur NZZ, die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“: „Es wird anerkannt, dass die im Großen und Ganzen vernünftige Wirtschaftspolitik während der letzten Hälfte der Diktatur ein guter Grundstein für die Weiterentwicklung war.“ Sie ist Grundstein dafür, dass Chile heute die ungerechteste Verteilung des Bruttoinlandsprodukts in der Welt aufzuweisen hat, dass sich die Auslandsverschuldung allein zwischen 1990 und 2000 von 19 auf 37 Milliarden US-Dollar verdoppelt hat.

Nicht nur gilt die Pinochet-Verfassung mit der institutionellen Verankerung der Macht der Militärs bis heute, nicht nur sitzt der „greise Diktator... unantastbar auf seiner Hazienda und löffelt Diät-Suppe“ („Spiegel“). Auch die öffentliche Meinung Chiles wird, wie die „FAZ“ heute befriedigt registriert, als Resultat der Pinochet-Diktatur von der Rechten kontrolliert: „In Chile wird nur das zur Nachricht, worüber das monopolartig den Markt beherrschende Zeitungsduo berichtet... El Mercurio und La Tercera sind der rechtsgerichteten Opposition zugeneigt... Bei ihnen taucht Pinochet nicht als Diktator auf, sondern als ‚General (r)‘, General retirado (in Ruhestand)“.

Vor allem dient heute das chilenische neoliberale Wirtschaftsmodell als Vorbild für den weltweiten Abbau des Sozialstaats und die Privatisierung öffentlicher Dienste. 1992 erhielt ein gewisser Gary S. Becker den Wirtschafts-Nobelpreis. Die NZZ präsentierte ihn als jemanden, zu „dessen Schwerpunkten Untersuchungen über ökonomische Ansätze im Verhalten von Familien in Bezug auf Investitionen bei der Kindererziehung“ zählten. Was derart geschraubt daherkommt, meint im Klartext: Das Umlageverfahren im Rentensystem fördere „Anonymität“ und „ihrerseits die Abnahme der Geburtenrate“. Gary S. Becker in der NZZ: „Jede Form von Kapitaldeckungsverfahren ist jedem Umlageverfahren vorzuziehen.“ Dies habe

„ausgerechnet Chile seit 1981 mit großem Erfolg“ vorexerziert. In der Einleitung zu diesem Gray-Artikel bilanzierte die NZZ: „Es zeichnet sich eine weltweite Krise des Umlageverfahrens ab. Kaum ein Land wird darum herumkommen, das stark von der Altersstruktur abhängige Rentensystem zu überprüfen.“ So wurde und wird verfahren. Die Rentensysteme werden seither in ganz Europa unterminiert, Kofinanzierungen der Unternehmer abgebaut, die Profite der privaten Versicherer bei der Altersvorsorge gesteigert und die Altersarmut potenziert bzw. vorprogrammiert. Dass in Chile das private Rentensystem sich in einer tiefen Krise befindet, interessiert nun nicht mehr – es hat als „weltweites Vorbild“ seinen Dienst getan.

Chile also auch heute noch Modellfall für den „freien Westen“? Was noch stört, sind die *Opfer der Diktatur*. Der „Spiegel“ kommentierte den Hungerstreik von Kindern Ermordeter mit den Worten: „Das Problem der Kinder... ist die Opferrolle, von der sie nicht mehr loskommen. Auch diesen Hungerstreik mit seinen vagen Forderungen werden sie verlieren. Es scheint fast so, als wollten sie, in einer merkwürdigen Reinheit der Seelen, auf immer Verlierer bleiben.“ Richtig ist: Die Wahrheit steht Kopf, wenn auf der einen Seite Tausende ermordet, Hunderttausende gefoltert, die Mehrheit der Bevölkerung 17 Jahre unter einer faschistischen Diktatur leben musste und wenn auf der anderen Seite die Täter weiter an den Schaltstellen der Macht sitzen. Dann stören nicht die Folterknechte, denn die sind Teil des öffentlichen Lebens, teilweise noch in Ämtern, fast immer in Würden. Es stören die Opfer, die angeblich eine „merkwürdige Reinheit der Seelen“ kultivieren. Diese zynische Sichtweise griff der chilenische Schriftsteller Omar Saavedra Santis in seinem Rückblick auf den 11. September 1973 mit den Worten auf: „Die revisionistische Geschichtsschreibung versucht, den Opfern die Schuld zuzuschieben.“

#### VI. Die Linke 1973 und 2003

Einige Artikel bilanzierten die Chile-Solidarität. Der „Internationalismus der westdeutschen Linken“ sei „gewissermaßen konjunkturabhängig“ gewesen (Urs Müller-Plantenberg); Chile-Solidarität habe es erst nach dem 11. September 1973 gegeben. Harald Neuber schrieb, „dass die westdeutsche Chile-Solidarität mehr vom Aktionismus, denn (von) politischer Analyse bestimmt“ war. Dass die „westdeutsche Linke... Allendes Versuch des Übergangs zum Sozialismus auf friedlichem Weg zunächst eher skeptisch gegenüber stand“ (Ulla Jelpke) und dass es mit aus diesem Grund vor dem 11. September 1973 zu keiner nennenswerten Solidaritätsarbeit kam, trifft zu. Zu recht wird in vielen Beiträgen die praktische und wirksame Solidarität der DDR nach dem Putsch hervorgehoben. Eine ergänzende Bilanz der (unzureichenden) *materiellen und finanziellen* Unterstützung der UP-Regierung im Zeitraum 1970 bis zum Putsch 1973 durch die Sowjetunion und die mit ihr verbundenen Staaten fehlt bis heute.

Unterstrichen werden muss, was in Jelpkes Artikel angesprochen wird: Nach dem 11. September 1973 kam es in der BRD zu einer breiten Chile-Solidarität. Nach drei Jahren Erstarrung in Sektierertum und Abgrenzungswahn stellte dies einen Lichtblick in der Geschichte der westdeutschen radikalen Linken dar. Die Chile-Solidaritätsaktionen anlässlich der Fußball-Weltmeisterschaft 1974 waren massenwirksam: Die TV-Kameras verbreiteten beim Eröffnungsspiel unsere Proteste gegen die Junta weltweit. Das Spiel Chile gegen die DDR musste aufgrund einer Solidaritätsaktion sogar unterbrochen werden; in Chile wurde deshalb die TV-Übertragung eingestellt.

Welche Lehren sind für eine aktuelle Politik zu ziehen? Wolfgang Gehrcke, Mitglied im PDS-Parteivorstand, schrieb, der „Respekt von Freiheitsrechten“ sei

„in die Strategie des demokratischen Sozialismus eingegangen“. „Hegemonie“ sei „der Schlüssel, um die politische Macht ... zu erhalten.“ Gesellschaftliche Veränderungen bräuchten „breite soziale Träger, weit in die Mittelschichten und Unternehmerschicht hinein.“ Sein Urteil über das Ende der UP-Regierung: „Geht die Hegemonie verloren, dann schwindet die Legitimität der Regierung... Das war in Chile geschehen, als die Generale putschten.“

Wie wird „Hegemonie“ ermittelt, wenn offensichtlich (die zitierten)

Wahlergebnisse sie nicht belegen? Kann die Art „Hegemonieverlust“, die es in Chile im Sommer 1973, herbeigeführt von Medienmonopol und Terror, gab, heißen, dass die „Legitimität der Regierung geschwunden“ sei? Gehrckes Verweis, die Hegemonie müsse „weit in die Unternehmerschicht“

hineinreichen, war als sozialistische Politik im Sommer 1973 perspektivlos. Sie ist jedoch auch für die heutige Politik – etwa gegen eine Agenda 2010 – hilflos. In den Worten des SPD-Oberbürgermeisters von Hannover, Schmalstieg: „Der Kanzler ist erst zufrieden, wenn der Bundesvorstand des BDI zu 100 Prozent in die SPD eingetreten ist.“ Omar Saavedra Santis spricht von „modernen Linken, die heute alles verbrennen, was sie gestern noch vergöttert haben.“

Auch für den „Spiegel“-Autor Matussek geht es darum, „das Kapitel Pinochet endlich abzuschließen.“ Danach ist in Chile „Allende heute eine verblässende Erinnerung. Der Märtyrer aus einer Zeit, die noch in politische Alternativen aufgeteilt war statt in Marken und Märkte, ist kaum zu finden bei den Straßenmalern und Posterverkäufern... Die Augen müssen sich lange durchwühlen, bis sie ein Konterfei des bebrillten Träumerpräsidenten entdecken.“

Danach passt die Losung „Eine andere Welt ist möglich“, die für ein paar Hunderttausend Jugendliche Richtschnur ist, nicht in eine Zeit, die in „Marken und Märkte“ eingeteilt ist. Danach ist der Slogan „Die Welt ist keine Ware“, unter dem nach dem Scheitern der WTO-Konferenz in Cancún Menschen feierten, eine Träumer-Losung. Omar Saavedra Santis: „Wir leben heute in keiner guten Zeit für Utopien... Es mag eine Weile dauern, bis sich der große Schläfer, das Volk, wieder seiner eigenen Kraft und Fantasie besinnt.“

Quellen:

Eingangszitat Mayser-Mercado nach: NZZ Sonderbeilage Expo 2002

Grove-Republik 1932: Heinz Rudolf Sonntag, Revolution in Chile, Frankfurt/M. 1972, S.35f.

Oscar Godoy: Tagesspiegel vom 9.9.2003.

Marta Harnecker: junge Welt, 10.9.2003.

UP-Programm: H.R. Sonntag, a.a.O., S.249f.

CIA-Dokumente (DINA / Condor): Christopher Hitchens, Die Akte Kissinger, Stuttgart 2001, S.124-126.

Straw: Ariel Dorfman, Den Terror bezwingen. Der lange Schatten General Pinochets, Hamburg 2003, S.112ff.

Pinochets Ankunft in Chile: NZZ online, Rückblick auf das Jahr 2000.

Augenzeuge auf dem Rollfeld: Dorfman, a.a.O., S.115f.

Hoechst: Lagebericht an die Frankfurter Zentrale vom 6.12.1973: ND vom 11.9.2003.

Aktuelle Wirtschaftspolitik in Chile: NZZ vom 17.4.2003; FAZ-Zitate nach deren Ausgabe vom 10.9.2003.

Chilenische Auslandsschuld: World Development Indicators der Weltbank, 2002.

Chiles Altersversorgung und Nobelpreis für Gary S. Becker nach: NZZ

Wirtschaft vom 24.12.1994.

Spiegel-Zitate: Nr. 37/2003.

Omar Saavedra Santis: ND vom 11.9.2003

Urs Müller-Plantenberg: ND vom 11.9.2003; H. Neuer u. U. Jelpke: junge Welt, 10.9.2003.

W. Gehrcke: ND vom 11.9.2003.

Schmalstieg: Handelsblatt, 17.9.2003.